

„Die Geschäfte laufen erstaunlich gut“

Interview S.D. Fürst Hans-Adam II. mit

Herrn Günther Fritz, Liechtensteiner

Vaterland

12. Februar 2011

Mit 66 Jahren, da fängt das Leben an. Mit 66 Jahren, da hat man Spass daran.» Durchlaucht, geht es Ihnen auch so, wie dies Udo Jürgens in einem seiner Hits beschreibt?

Für mich hat das Leben schon vor 66 Jahren und 9 Monaten begonnen. Ich geniesse mein Leben und arbeite auch nach der offiziellen Pensionierung gerne weiter. Ich sehe da keinen grossen Unterschied zu vorher.

Die Geschäfte des Staatsoberhauptes haben Sie ja im August 2004 an Erbprinz Alois übertragen. Wie stark beschäftigen Sie sich seither noch mit den politischen Dossiers und inwieweit spricht sich Ihr Sohn mit Ihnen ab?

Ich beschäftige mich mit den politischen Themen nicht mehr so intensiv wie früher. Ich habe inzwischen auch andere Aufgaben übernommen. In den wichtigen Punkten sprechen wir uns aber nach wie vor ab. Das hat mein Vater schon mit mir so gehandhabt und ich mit meinem Vater. Und nun mache ich das mit meinem Sohn so und er mit mir. Dieses generationsübergreifende Sich-Absprechen über die wichtigsten Fragen und Entscheidungen hat sich in unserer Familie sehr gut eingespielt.

Welchen Fürstlichen Unternehmen widmen Sie sich im Moment am intensivsten?

Zum einen betreue ich unsere Unternehmen in Österreich und zum anderen vor allem unsere Firma RiceTec. Mit der LGT beschäftige ich mich heute weniger, da hat ja jetzt auch ein Generationswechsel auf der Ebene der exekutiven Leitung stattgefunden, und zwar von meinem Bruder Philipp zu meinem Sohn Maximilian. Weiter befasse ich mich auch mit neuen Technologien. Insgesamt bin ich heute auch mehr im Ausland unterwegs als früher.

Sie haben neue Technologien angesprochen. Unterstützen Sie dabei konkrete Forschungsprojekte?

Ja, wir haben jetzt ein Unternehmen gegründet, das eine alte Technologie, die wahrscheinlich verloren gegangen ist, wiederbelebt. Es geht dabei um die Produktion eines Kunststeins. Seit meiner Jugend interessiere ich mich für Archäologie und bin überzeugt, dass die grossen Steinmonumente – seien es die Pyramiden oder die megalithischen Monumente in Stonehenge oder Carnac – gegossen worden sind. In dieser Thematik habe ich schon in der Vergangenheit mit einem französischen Professor, der darüber ein Buch geschrieben hat, zusammengearbeitet. Wir wollten das damals

schon kommerzialisieren, es ist dann aber aus verschiedenen Gründen nicht möglich gewesen. Jetzt versuche ich das Ganze mit jemandem anderen und einer etwas anderen Technologie.

Wie laufen insgesamt die Geschäfte der Stiftung Fürst Liechtenstein vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise und des schwachen Euro?

Sie laufen erstaunlich gut. Die Bank war mehr vom Datendiebstahl als von der globalen Finanzkrise betroffen. Inzwischen hat sich aber auch die LGT von der Finanzplatzkrise recht gut erholt. Was die Finanzkrise betrifft, so waren die LGT wie auch die anderen hiesigen Banken nicht wirklich exponiert. Man hat hier sehr vorsichtig agiert und verfügt nach wie vor über genügend Eigenkapital. Unsere anderen Unternehmen in Österreich und RiceTec haben von der internationalen Wirtschaftskrise kaum etwas gespürt.

Wie hat sich die LGT Group seit dem Ausbruch der Finanzplatzkrise vor drei Jahren auf den internationalen Märkten entwickelt? Auf welche Strategie setzen Sie in Zukunft?

Wie gesagt, hat die LGT Gruppe mehr unter der Finanzplatzkrise als unter der Finanzkrise gelitten. Ich hatte schon recht früh angeregt, auch onshore zu gehen, um nicht so sehr vom Offshore-Geschäft abhängig zu sein. Wir setzen einfach weiter auf eine Onshore-Strategie. Es ist nicht immer ganz einfach, aber ich glaube, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

Inzwischen wurden mit Tschechien diplomatische Beziehungen aufgenommen. Könnte sich in den laufenden Gesprächen in Bezug auf die Anerkennung Liechtensteins als souveräner Staat eine Lösung ergeben, bei der die fürstlichen Besitztümer in der ehemaligen Tschechoslowakischen Republik nicht mehr als deutsches Auslandseigentum eingestuft werden?

Ich würde sagen, die bilateralen Beziehungen mit der Tschechischen Republik haben sich normalisiert. Das aktuelle Gesprächsklima ist gut und wir werden weitersehen, wie sich das entwickelt.

Schätzen Sie, dass die eingesetzte Historische Kommission zu einer nachhaltigen Normalisierung der tschechisch-liechtensteinischen Beziehungen beitragen kann?

Ja. Der Wille dazu ist auf beiden Seiten vorhanden. Ich glaube, wir sind dabei auf einem guten Weg.

Vor einem Jahr waren Sie noch eher skeptisch, dass die Regularisierung von in der Vergangenheit un versteuerten Vermögen und die Sicherstellung der künftigen Steuerkonformität auf der Basis einer Abgeltungssteuer auf Dauer eine gangbare Lösung sein kann. Was sagen Sie heute mit Blick auf die entsprechenden Gespräche vonseiten Liechtensteins und der Schweiz mit Deutschland dazu?

Wir müssen zunächst einmal schauen, was für eine Lösung die Schweiz mit Deutschland findet. Dann müssen wir uns überlegen, was auf Liechtenstein übertragbar ist. Es darf dabei nicht übersehen werden, dass die Schweiz eine hohe Quellensteuer aufweist. Wir werden dann im Einzelnen sehen, was sich für eine Lösung abzeichnet. In der Vergangenheit war es jedenfalls sowohl aufseiten der EU als auch aufseiten Deutschlands nicht denkbar, dass wir das Ganze rein auf der Basis einer Abgeltungssteuer regeln können. Eine Abgeltungssteuer kam für Deutschland und die EU höchstens unter sehr eingeschränkten Bedingungen in Frage, die jedoch für uns nicht interessant waren.

Viele Treuhänder monieren, dass die Regierung zu voreilig 23 OECD-konforme Steuerabkommen abgeschlossen und dafür insbesondere zu wenig an Gegenleistungen eingefordert habe. Wie beurteilen Sie die Finanzplatzstrategie der Regierung?

Ich halte die von der Regierung verfolgte Finanzplatzstrategie für die einzig mögliche. Wir sind nun einmal diesem Druck aus dem Ausland ausgesetzt. Auf dem alten Kurs zu bleiben, wäre illusorisch gewesen. Wir dürfen nicht nur an den Finanzdienstleistungssektor denken, wir müssen an die gesamte Wirtschaft in Liechtenstein, insbesondere an die Industrie und an das Gewerbe, denken. Deshalb sind gewisse Konzessionen einfach notwendig.

Was erwarten Sie sich von der neu geschaffenen Stabsstelle für internationale Finanzplatzagenden (SIFA) im Hinblick auf die weiteren Anstrengungen im Rahmen der Neuausrichtung des Finanzplatzes?

Von staatlicher Seite aus kann natürlich nicht alles geregelt werden. Zu einem wesentlichen Teil wird der Finanzdienstleistungssektor selbst gefordert sein. Was der Staat aber unternehmen kann, das ist die Schaffung von gesetzlichen Regelungen – sei es im Steuerrecht, sei es im Gesellschaftsrecht – und insbesondere das Aushandeln von verschiedenen Abkommen mit Partnerstaaten.

Inwieweit hat Liechtensteins Treuhandbranche realistische Chancen, in den nächsten Jahren wieder an die Erfolge von früher anknüpfen zu können, und was müsste sie dafür tun?

Realistischerweise muss man feststellen, dass man wahrscheinlich nicht mehr an die Erfolge von früher anknüpfen kann. Man wird sich auf sogenanntes Weissgeld konzentrieren müssen. In diesem Bereich ist die Konkurrenz allerdings sehr viel härter. Trotzdem glaube ich, dass wir auf dem Treuhandsektor nach wie vor Chancen haben. Es gibt eine Reihe von Unternehmern im Treuhandsektor, die diese Chancen sehen und versuchen, sie wahrzunehmen.

Für die Industrie und das Gewerbe scheinen Doppelbesteuerungsabkommen mit den wichtigsten Wirtschaftspartnern von besonderem Interesse zu sein. Wie schätzen Sie die Bedeutung eines umfangreichen DBA-Netzes ein?

Für ein umfangreiches DBA-Netz habe ich mich schon seit Jahrzehnten eingesetzt. In der Regel sind Vorschläge an den Interessen des Finanzdienstleistungssektors gescheitert. Man hatte Angst, dass man Konzessionen machen müsste, was un versteuerte Gelder betrifft. Heute stehen wir vor der Situation, dass wir das so oder so machen müssen. Ich denke, dass wir uns jetzt auf Doppelbesteuerungsabkommen konzentrieren sollten, weil diese nun einmal für den Wirtschaftsstandort Liechtenstein sehr wichtig sind.

Das Betrugsbekämpfungsabkommen mit der EU steht seit längerer Zeit in Brüssel zur Entscheidung an. Es wurde vonseiten Luxemburgs und Österreichs bisher blockiert, um letztlich nicht auf den automatischen Informationsaustausch umstellen zu müssen. Ist der Abschluss dieses Abkommens aus heutiger Sicht überhaupt noch sinnvoll?

Es wäre sicher gut, ein solches Abkommen zu haben, das ist gar keine Frage. Der Abschluss des Betrugsbekämpfungsabkommens hängt im Wesentlichen davon ab, ob innerhalb der EU eine Lösung in Bezug auf den automatischen Informationsaustausch gefunden werden kann. Das Abkommen wurde ja von Luxemburg und Österreich genau deswegen blockiert, weil diese beiden Staaten nicht bereit sind, auf den automatischen Informationsaustausch einzutreten.

Ob ein automatischer Informationsaustausch wirklich sinnvoll ist, bezweifle ich. Es würde damit wiederum eine Riesenbürokratie entstehen. Es wäre meiner Meinung nach gar nicht mehr zu bewältigen, was da an Informationen ausgetauscht wird. Ausserdem bestünde die grosse Gefahr von Missbräuchen. Wenn ein grosser Personenkreis Zugang zu diesen Informationen hat, ist es absehbar, dass diese Informationen in die Hände von Verbrechern, Erpressern bzw. der Mafia gelangen. Deshalb halte ich die ganze Vorgangsweise verschiedener EU-Staaten auf diesem Gebiet für äusserst problematisch.

Was sagen Sie zum moralischen Verhalten der USA oder von Grossbritannien in Steuerfragen gegenüber der Schweiz und Liechtenstein, wenn im Hinblick auf Delaware und die britischen Kanalinseln alle Augen zugedrückt werden?

Leider herrscht im internationalen Recht zum Teil noch das Recht des Stärkeren. Ich gehe aber davon aus, dass der Druck auf die USA und Grossbritannien grösser wird. Es ist heute sicher nicht mehr tragbar, dass grössere Staaten von kleineren Staaten andere Standards verlangen können, als solche, die sie selber an sich anlegen.

Wie beurteilen Sie die Reputation Liechtensteins in den führenden Weltwirtschaftsgremien wie G20, EU und OECD?

Erstaunlich gut. Die Reputation ist sicherlich besser als der Eindruck, den man aus den Medien bekommt. Dies wird von unserem diplomatischen Apparat bestätigt.

Für wie sinnvoll erachten Sie einen allfälligen Beitritt Liechtensteins zum Internationalen Währungsfonds IWF?

Ich bin skeptisch. Unser Staat hat hohe Reserven. Weder der Staat noch die Gemeinden sind verschuldet. Ob ein IWF-Beitritt für uns sinnvoll ist, wage ich jedenfalls aus heutiger Sicht zu bezweifeln. Wir sollten zunächst einmal den Bericht der Regierung abwarten, um zu sehen, was uns ein IWF-Beitritt letzten Endes kostet und was das Ganze bringt.

Wie sehen Sie in den nächsten fünf Jahren die Einnahmenentwicklung des Staatshaushaltes angesichts der Finanzplatzkrise? Bleibt der Regierung wirklich nichts anderes übrig als zu versuchen, zusammen mit dem Landtag einschneidende Sparmassnahmen durchzuziehen?

Ja, wir müssen diese Sparmassnahmen durchziehen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass wir bald schon wieder hohe Einnahmen aus dem Finanzdienstleistungssektor einfahren können. Die Einnahmen sind zurückgegangen und werden sich nicht mehr so schnell erholen.

Grundsätzlich sehen die Bürgerinnen und Bürger den von der Regierung postulierten Sparzwang ein. Doch viele denken: Sparen ja, aber bitte nicht dort, wo ich selber betroffen bin. Wo sind Einschränkungen der Beitragsleistungen noch sozialverträglich?

In Liechtenstein wird grundsätzlich auf hohem Niveau gejammert. Wenn wir unser Land mit anderen Staaten vergleichen, so stellen wir fest, dass wir über Jahrzehnte hinweg eine unglaubliche Infrastruktur aufgebaut haben. Der Unterhalt dieser Infrastruktur kostet natürlich auch Geld. Ich bin aber davon überzeugt, dass wir noch einige Einsparungsmöglichkeiten haben, sei es im Sozialwesen oder sei es im ganzen Ausbildungsbereich. Für Bildung geben wir pro Kopf sehr viel Geld aus – da dürften wir unter den Ersten sein – und liegen bei den PISA-Ergebnissen trotzdem nicht an erster Stelle.

Andere sagen: Sparen ja, aber nicht auf Kosten der Ärmsten dieser Welt. Was sagen Sie zu den geplanten Kürzungen im Bereich der Internationalen Humanitären Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZE)?

Ich verstehe, dass man in diesem Bereich auch kürzt. Die Regierung und der Landtag sind zuerst einmal unseren Bürgerinnen und Bürgern verpflichtet. Leider muss man auch festhalten, dass beträchtliche Summen von Entwicklungsgeldern nicht dort zum Einsatz kommen, wo es sinnvoll wäre. Die Unterentwicklung ist zu einem wesentlichen Teil auch auf eine falsche Politik in diesen Ländern zurückzuführen. Solange man die entsprechenden Missstände nicht beseitigt, werden Entwicklungsgelder wenig bringen.

Untersuchungen haben gezeigt, dass es keinen klaren Zusammenhang gibt zwischen einer wirtschaftlichen Entwicklung auf der einen Seite und der Höhe der Entwicklungsgelder, die ein Staat bekommen hat, auf der anderen Seite. Es haben sich oft jene Länder besser entwickelt, die sehr wenig Entwicklungshilfe bekommen hatten, weil dort vielleicht der Druck grösser war, Reformen durchzuziehen.

Wir haben jetzt von Sparmassnahmen gesprochen. Man könnte zur Sanierung des Staatshaushaltes aber auch die Einnahmenseite stärken. Welche Impulse erwarten Sie sich vom neuen Steuerrecht?

Ich bin schon lange ein Anhänger eines international kompatiblen Steuerrechts. Es hat in den vergangenen Jahrzehnten mehrere Anläufe gegeben, die allesamt gescheitert sind. Jetzt haben wir ein neues Steuerrecht, das den modernen Erfordernissen entspricht. Ich bin der Meinung, dass es ein Erfolg ist, dass wir die Steuerreform in der vorliegenden Form durchbringen konnten.

Um neue innovationsstarke und wertschöpfungsintensive Unternehmen nach Liechtenstein zu bringen, ist in der jüngsten Vergangenheit der Ruf nach Fachkräften aus dem Ausland immer lauter geworden. Was halten Sie vom Beschluss der Regierung, pro Jahr bis zu 15 Prozent mehr Aufenthaltsbewilligungen als bisher an Schweizer und EWR-Bürger zu vergeben?

Ich begrüsse diesen Regierungsbeschluss. Wenn man sich die absoluten Zahlen anschaut, machen diese 15 Prozent jedoch immer noch sehr wenig aus. Aufgrund des sehr engen Arbeitsmarktes sind wir nun einmal auf ausländische Fachkräfte angewiesen. Wenn wir die Wirtschaft weiterentwickeln wollen, müssen wir neue Arbeitsplätze schaffen, da es gerade im Finanzdienstleistungssektor zu einem Abbau von Arbeitsplätzen kommen wird. Diese neuen Arbeitsplätze können wir jedoch nur mit qualifiziertem Personal schaffen, welches wir eben nicht immer hier im Land finden.

Um als Wirtschaftsstandort attraktiv zu sein, sollte Liechtenstein auch als Bildungsstandort eine hohe Qualität aufweisen. Inwieweit orten Sie trotz zufriedenstellender PISA-Ergebnisse 2009 – in der Mathematik Platz 7, in den Naturwissenschaften Platz 14 und beim Lesen Platz 18 – allenfalls Reformbedarf?

Im Bildungsbereich sehe ich schon lange Reformbedarf. Wie in der Wirtschaft sollten wir auch im Bildungsbereich das Preis-Leistungsverhältnis berücksichtigen. Was geben wir aus und was erreichen wir damit? Wenn wir im internationalen Vergleich bei den Pro-Kopf-Ausgaben unter den ersten drei sind und dann nur Leistungen zwischen Platz 7 und Platz 18 vorweisen können, dann sind wir eben nicht effizient. Ich bin der Meinung, dass verstärkt marktwirtschaftliche Elemente im Bildungswesen Eingang finden sollten, sei dies nun mit Bildungsgutscheinen oder sei dies mit Bildungskonten. Ich glaube, hier besteht ein echter Reformbedarf.

Trotz aller Sparbemühungen sollten aber Investitionen in nachhaltige Projekte möglich sein. Für die «Bürgerinitiative pro Landesspital» sind 83 Mio. für einen Spitalneubau in diesem Sinne eine sinnvolle Investition. Werden Sie sich auch in die Mitgliederliste der Bürgerinitiative eintragen?

Nein. Wir sind in Liechtenstein von sehr guten Spitälern umgeben, sei es auf der Schweizer Seite, sei es in Vorarlberg. Diese regionalen Spitäler sind sehr schnell erreichbar. Wenn ich heute in einer grösseren Stadt lebe, brauche ich oft länger, um ein Spital zu erreichen. Diesbezüglich sind wir optimal versorgt.

Wenn man in Liechtenstein daran denkt, ein neues Spital zu bauen, dann sollte ein solches Projekt in engster Absprache mit den anderen Spitälern dahingehend geplant werden, dass wir ergänzende Leistungen anbieten. Es macht meiner Meinung nach keinen Sinn, ein neues Spital zu bauen, das dann eine kleinere Kopie von einem regionalen Spital wie Grabs darstellt. Es ist doch illusorisch, die gleichen Leistungen wie das Spital Grabs als Konkurrenzspital anzubieten. Zudem muss man sich bewusst sein, dass die Betriebskosten eines solchen Spitals stärker ins Gewicht fallen als die Investitionskosten.

Wie lautet denn Ihre Empfehlung in der Spitalpolitik? Soll der bestehende Bau in Vaduz etwa für 30 Mio. Franken saniert werden?

Man muss zuerst einmal mit den umliegenden Spitälern bzw. den Regierungen auf kantonaler Ebene auf der Schweizer Seite und auf Landesebene in Vorarlberg ein Konzept erarbeiten. Wie sieht es bei den Nachbarspitälern mit der Planung aus? Inwieweit ist ein eigenes Spital für Liechtenstein überhaupt noch sinnvoll? Wenn der bestehende Bau für sinnvolle Ergänzungen in der regionalen medizinischen Versorgung nicht mehr genügt, was baut man dann? Erst wenn diese Fragen ausreichend geklärt sind, kann man eine kluge Entscheidung treffen. Es ist doch wenig sinnvoll, jetzt einfach zu beschliessen, ein neues Spital zu bauen, das dann wahrscheinlich über 100 Mio. Franken kosten wird, solange man sich über das Leistungsangebot nicht einig ist.

Was halten Sie von der Agenda 2020? Besteht darin nicht eine gewisse Gefahr, dass heisse Themen über die laufende Legislaturperiode hinaus geschoben werden?

Diese Gefahr besteht in der Politik natürlich immer. Unangenehme Entscheidungen werden nur zu gerne aufgeschoben. Das gilt aber nicht nur für die Politik, sondern auch für Unternehmen. Auf der anderen Seite ist es schon wichtig, dass man eine langfristige Perspektive erarbeitet. In welche Richtung müssen wir uns entwickeln? Welche Weichen sollten wir heute stellen, damit wir 2020 auf dem richtigen Gleis sind? Deshalb begrüsse ich die Agenda 2020.

Die Regierung Tschütscher hat am 25. März ihre Halbzeit erreicht. Wie beurteilen Sie die bisherigen Leistungen der grossen Koalition?

Ich würde sagen, dass die Regierung doch einiges erreicht hat. Soweit ich das beurteilen kann, hat die Koalitionsregierung bisher ganz gut funktioniert. Ich finde, dass es unter dem Strich recht gut gelaufen ist.

Wie sehen Sie die Zusammenarbeit der Koalitionspartner VU und FBP im Landtag?

Im Landtag sprechen die Parteienvertreter vor einem grösseren Publikum und sind dabei bestrebt, auch die eigene Wählerschaft zu mobilisieren. Dann muss man halt manchmal schon etwas deftiger auftreten.

Welche politische Bedeutung hat heute noch die Freie Liste?

Die Freie Liste hat Schritt für Schritt an politischer Bedeutung eingebüsst. Jetzt wird man sehen, ob sie bei den nächsten Wahlen noch einmal in den Landtag kommt.

Wie geht es Ihnen als Buchautor? Welche Rückmeldungen haben Sie auf Ihr in verschiedenen Sprachen erschienenes Buch «Der Staat im dritten Jahrtausend» bisher erhalten?

Ich habe mir sehr viel mehr kritische Bemerkungen erwartet und war dann überrascht, wie gut die Resonanz auf das Buch ausgefallen ist. Weiter hat mich das Interesse im Ausland überrascht. Natürlich kann man sich von so einem Buch keine riesigen Auflagen erwarten, besonders wenn der Autor von einem kleinen Staat kommt. Das ist selbstverständlich nicht das Gleiche, als wenn ein amerikanischer Präsident ein Buch publiziert.

Wie hat sich die von Ihnen ins Leben gerufene Initiative «State Governance» bisher entwickelt?

Auch sehr viel besser als erwartet. Das internationale Interesse ist gross. Es sind sehr ernsthafte Verhandlungen mit verschiedensten Staaten und Organisationen im Gange. Es sind auch schon bestimmte Abkommen abgeschlossen worden. Das Ganze fängt jetzt an, gut zu laufen.

Könnte Liechtenstein aus dem Plattformwissen der Fürstlichen Stiftung «State Governance» auch etwas lernen?

Das war für mich und den Erbprinzen mit ein Grund, weshalb wir auf dieses Projekt eingestiegen sind. Wir können dabei für unser Land Erfahrungen sammeln. Wir leben in einer globalisierten Welt und es gibt gewisse Standards, die sich da angleichen. Abgesehen davon ist die Stiftung für Liechtenstein ein guter PR-Effekt.

Durchlaucht, was wünschen Sie sich von der Politik und der Bevölkerung zu Ihrem Geburtstag?

Ich wünsche mir jetzt noch, dass wir die Reform des Bildungswesens durchbringen. Wir sind in Liechtenstein der internationalen Konkurrenz ausgesetzt. Wir haben keine eigenen Bodenschätze. Unserer Schatz sind eine gut ausgebildete Bevölkerung und gute Strukturen, die wettbewerbsfähig sind – sei es im rechtlichen oder sei es im wirtschaftlichen Rahmen. Die guten Strukturen können wir nur mit einer gut ausgebildeten Bevölkerung aufrechterhalten. Deshalb scheint mir der grosse Schatz für die Zukunft ein wirklich gut funktionierendes Bildungswesen zu sein. Das liegt mir jetzt am meisten am Herzen.

Durchlaucht, herzlichen Dank für das Gespräch. Im Sinne des Songtextes von Udo Jürgens «Mit 66 Jahren, da kommt man erst in Schuss. Mit 66 Jahren, ist noch lang noch nicht Schluss» wünschen wir Ihnen alles Gute, Gesundheit, weiterhin viel Erfolg und Gottes Segen zu Ihrem 66. Geburtstag!

